



**Gewerkschaft  
der Polizei**

Berlin

Landesbezirksvorstand

Presse- und

Öffentlichkeitsarbeit

Benjamin Jendro

Kurfürstenstraße 112

10787 Berlin

Telefon 030 210004-13

Telefax 030 210004-29

Mobil 0151 11280361

[jendro@gdp-berlin.de](mailto:jendro@gdp-berlin.de)

[www.gdp-berlin.de](http://www.gdp-berlin.de)

06.07.2017

## PRESSEMITTEILUNG

### **Zeit für Gerechtigkeit – Gewerkschaft der Polizei demonstriert am Potsdamer Platz**

#### **Rund 250 Kolleginnen und Kollegen gehen für bessere Beamtenbesoldung auf die Straße**

**Berlin. Die Beamtinnen und Beamten der Hauptstadt werden bundesweit am schlechtesten bezahlt. Aus diesem Grund hat sich Rot-Rot-Grün für deutliche Erhöhungen ausgesprochen. Im Koalitionsvertrag ist verankert, dass man das Besoldungsniveau bis zum Ende der Legislaturperiode im Jahr 2021 auf den Durchschnitt der Länder gehoben bekommt. Aktuell plant der Senat dies mit einer Erhöhung von 2,8 % zum 1. August 2017 und 3,2 % zum 1. August 2018. Aus unserer Sicht wird das nicht reichen, 250 Kolleginnen und Kollegen von Polizei, Feuerwehr und LABO gingen am heutigen Donnerstag deshalb auf die Straße.**

#### **Soll ich mit rosa Wattebällchen schmeißen?**

„Man sagt immer, dass wir zu forsch und zu laut mit unseren Forderungen sind. Aber mal ganz ehrlich, soll ich mit rosa Wattebällchen schmeißen, weil sich unsere Verhandlungspartner unprofessionell verhalten? Berlins Beamte verdienen eine angemessene Bezahlung. Die Abgeordnetendiäten wurden zum 1. Januar um 3,9 % erhöht, uns will man zum 1. August mit 2,8 % abspeisen. Das kann doch nicht ernst gemeint sein“, so GdP-Landesvorsitzende Kerstin Philipp bei ihrer Rede auf dem Potsdamer Platz. Etwa 250 Kolleginnen und Kollegen fanden sich ab 8:30 Uhr an der historischen Ampelanlage auf dem Potsdamer Platz zusammen, um gemeinsam und stellvertretend für Zehntausende gegen die geplanten, viel zu geringen Erhöhungen des Senats zu demonstrieren.

#### **Wertschätzung darf keine leere Worthülse bleiben**

Auf zahlreichen Plakaten und Bannern untermauerten GdP-Mitglieder die zentralen Forderungen – Rückwirkende Erhöhung zum 1. Januar 2017, 5 % Besoldungserhöhung und Erschwerniszulagen auf Bundesniveau. Zwar erkenne Philipp den grundsätzlichen Willen des Senats, den Rückstand aufzuholen. Die Landesvorsitzende verwies aber im gleichen Atemzug darauf, dass es neben warmen Worten auch eine klare monetäre Verbesserung geben muss: „Ich kann diesen Begriff Wertschätzung langsam nicht mehr hören. Das dürfen keine leeren Worthülsen bleiben. Der Dienst für diese Stadt muss sich auch rechnen. Ich hoffe, dass die Volksvertreter auch für uns da sind, denn nur mit uns gibt es Sicherheit, nur mit uns funktioniert diese Stadt. Für dieses Jahr bleiben wir vielleicht ungehört, aber wenn man uns weiter so veräppelt, kommen wir wieder auf die Straße und dann mit unseren Familien.“





